Wirtschaft und Politik in Osteuropa seit 1918

Rezension von:
Derek H. Aldcroft, Steven Morewood, Economic Change in Eastern Europe since 1918, Edward Elgar, Aldershot 1995, 277 Seiten, £ 45,-.

Schon einige Zeit vor der Wende richtete sich die Aufmerksamkeit der angelsächsischen wirtschaftsgeschichtlichen Forschung auf die Probleme des Donauraumes, insbesondere der österreichisch-ungarischen Monarchie. Nach den Ereignissen von 1989 intensivierte sich dieses Interesse, weil sich nunmehr die Frage stellte, ob die deplorable wirtschaftliche Lage der ostmittel-europäischen Staaten lediglich auf das kommunistische Wirtschaftssystem zurückzuführen sei, oder ob nicht auch andere - historische - Ursachen die relative Rückständigkeit dieser Staaten erklärten. Die Arbeit Aldcrofts und Morewoods stellt einen wichtigen und umfassenden Beitrag zu dieser Problematik der ostmitteleuropäischen Staaten (Tschechoslowakei, Ungarn, Polen, Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien) dar.

Da die Autoren die Bedeutung der politischen und sozialen Faktoren für die wirtschaftliche Entwicklung dieser Region betonen, wenden sie sich ausführlich der politischen Entwicklung zu. Hiebei tritt auch ein charakteristischer Zug der gegenwärtigen angelsächsischen Forschung hervor. Wenn Aldcroft und Morewood die katastrophale Ausgangssituation dieser Länder 1918 schildern, welche durch Kriegszerstörungen, politisches und administratives Chaos gekennzeichnet waren, dann unterstreichen sie die unersetzlich stabilisierende Funktion der österreichisch-ungarischen Monarchie in dieser Region und werfen den Siegermächten die Auflösung dieses Staatengebildes vor.

Während in der Zwischenkriegszeit eine sehr kritische Beurteilung des habsburgischen Staates überwog - ein Völkerkerker, der seine Angehörigen ökonomisch ausbeutete -, hat nach den späteren Erfahrungen diese Einschätzung umgeschlagen.

Freilich gewinnt man den Eindruck, daß nunmehr die positive Betrachtung bisweilen überschießt. Letztlich waren es nicht die Alliierten, welche das Ende der Monarchie herbeiführten, sondern diese löste sich in der Endphase des Krieges einfach auf. Da war nichts und niemand, der sich für ihre Erhaltung einsetzte. In den Nachfolgestaaten vollzog sich jener Prozeß der nationalen Selbstbestimmung - mit allen seinen Problemen und Schwächen -, der in West- und Nordeuropa schon längst stattgefunden hatte.

Die deplorable Ausgangssituation für die Nachfolgestaaten nach dem Krieg fand keine Erleichterung durch materielle Unterstützung der Siegermächte. Auch hier wäre freilich zu bedenken, daß die Erkenntnis der ökonomischen Hilfestellung für andere Staaten auch im eigenen Interesse erst allmählich um sich griff. Schließlich stellte damals Keynes erstmalig makroökonomische Überlegungen im Zusammenhang mit den Friedensverträgen an (The Economic Conse-quences of the Peace, London 1920).

Die Notwendigkeit solcher Aktivitäten fand erst in den Völkerbundprojekten zur Währungsstabilisierung in vielen Nachfolgestaaten - und unter sehr restriktiven Aspekten - ihren Niederschlag.

In diesem Zusammenhang verdient der Hinweis der Autoren auf die positive politische wie ökonomische Bedeutung der Inflation, zumindest bis zu ih-

ren Schlußphasen, für die Nachfolgestaaten besondere Bedeutung. Dieser Gedanke wurde in bezug auf Deutschland von Borchardt entwickelt (Die Erfahrung mit Inflationen in Deutschland, in: Schlemma, J. (Hrsg.), Enteignung durch Inflation?, München 1972).

Restriktive Effekte traten in den ostmitteleuropäischen Staaten erst im Gefolge der Stabilisierungspolitik ein - und wurden offenbar stärker fühlbar als in Österreich. Natürlich war dem Wiederaufbau dieser Länder auch der Umstand nicht günstig, daß der internationale Handel eher stagnierte. Darüber hinaus verfolgten sie eine nationalistische Wirtschaftspolitik, mit Hochschutzzöllen und nichttarifarischen Handelshemmnissen, welche ihr Ziel zwar kaum erreichte, aber die Wirtschaftsentwicklung behinderte.

Eine Verbesserung der Lage ergab sich erst in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre mit dem Aufschwung der gesamten Weltwirtschaft. Freilich blieb auch diese Entwicklung labil, da die vorwiegend agrarischen Exporte dieser Länder - mit Ausnahme der CSR - auf Märkte flossen, die immer härter umkämpft waren und sich schon teilweise zum Schutz der heimischen Produktion abschlossen. Das gravierendste Problem dieser Zeit bestand jedoch in der Überschuldung, welche in der Weltwirtschaftskrise auch zur Zahlungsunfähigkeit führte und entsprechende Moratorien sowie Stabilisierungsmaßnahmen erforderte. Die späteren dreißiger Jahre brachten eine gewisse Erholung, die sich aber wegen des Bevölkerungswachstums kaum in einer Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens niederschlagen konnte.

Die Autoren kommen mit sich darüber nicht ins reine, ob die Einbeziehung der ostmitteleuropäischen Staaten in die deutsche „Großraumwirtschaft", d. h. in reglementierten Handel auf Clearingbasis, vorteilhaft war oder nicht. Da sich deren Marktanteil am europäischen Handel dieser Zeit erhöhte, scheint das - zumindest vor dem Krieg - doch eher der Fall gewesen zu sein.

Der Zweite Weltkrieg brachte abermals katastrophale Zerstörungen, deren Überwindung, zumindest in der CSR und Polen, mit massiver UNRRA-Hilfe in Angriff genommen werden konnte. Der Marshallplan kam aber diesen Ländern nicht mehr zugute, da sie indessen in den kommunistischen Machtbereich hineingezwungen worden waren und damit auch dessen Wirtschaftssystem übernehmen mußten.

In diesem Rahmen konnte während der fünfziger Jahre tatsächlich eine massive Industrialisierung in Gang gebracht werden. Sie erstreckte sich vor allem auf die Schwerindustrie und beruhte auf dem erhöhten Einsatz der Produktionsfaktoren. Produktivitätssteigerungen, technischen Fortschritt oder Innovation ermöglichte das System praktisch nicht. Die Vernachlässigung der Konsumgüterindustrie und die damit gegebene schlechte Versorgung der Bevölkerung führte schließlich zu Aufständen in mehreren Oststaaten.

Die nach Stalins Tod einsetzenden Reformversuche werden von den Autoren ebenso ausführlich behandelt wie die politische Entwicklung, welche durch immer wieder aufbrechende Versuche gekennzeichnet ist, das kommunistische System zu beseitigen oder zumindest fundamental zu verändern.

Rückblickend gesehen wurde sein Ende mit dem Bestreben eingeleitet, die technische Rückständigkeit durch massive Importe von westlichen Investitionsgütern zu überwinden. Dieser Versuch schlug deshalb fehl, weil das System nicht in der Lage war, diese Güter zweckmäßig einzusetzen. Nur verursachte diese Politik eine zunehmende Verschuldung der RGW-Länder.

Der Ölpreisschock erwies sich zunächst deshalb als vorteilhaft, weil die

Sowjetunion vorerst ihr Öl zu konstanten Preisen weiterlieferte. Als sie jedoch diese dem Weltmarkt anpaßte, trafen Inflation und Zahlungsbilanzschwierigkeiten die Länder voll.

Der letzte Teil des Buches ragt in die gegenwärtigen Debatten hinein. Die Autoren beschreiben den Zusammenhang zwischen den immer stärker zutage tretenden Insuffizienzen des Wirtschaftssystems mit dem schließlich eintretenden Zusammenbrechen der politischen Struktur, den notorischen Problemen der Transformation, ihre regional sehr unterschiedliche Bewältigung sowie die gleichfalls recht unterschiedliche politische Entwicklung dieser Staaten.

Im Ausblick bleiben die Autoren recht skeptisch, wobei sich ihre vorsichtige Beurteilung der künftigen Entwicklung nicht so sehr auf die Visegrad-Staaten bezieht, sondern vor allem auf den Balkan im engeren Sinne. Zwar konnte die Studie die jüngste Entwicklung in Bosnien nicht mehr berücksichtigen, dennoch bleiben viele der Argumente zu dieser Problematik gültig.

Einige Fehler lassen sich natürlich in der Arbeit finden. Milos Jakes war nicht Nachfolger János Kádárs (S. 180). Aus der Tabelle 10.2, welche das GDP pro Kopf vergleicht, geht nicht hervor, ob zu Kaufkraftparitäten oder Wechselkursen gerechnet wird; in jedem Fall sind die Werte für 1987 total falsch. Danach hätte die CSSR fast drei Viertel des österreichischen Pro-Kopf-Volkseinkommens erreicht, welches wieder deutlich unter dem englischen gelegen wäre.

Kleine Irrtümer vermögen nichts daran zu ändern, daß hier ein Buch vorliegt, das umfassend über die wirtschaftliche und politische Entwicklung und Problematik der Oststaaten in angenehm lesbarer Weise informiert.

Felix Butschek